

2018/G/07

Beschluss

Überweisung an die Landtagsfraktion

Präventionsmaßnahmen gegen Radikalisierung schaffen

Flächendeckende Prävention Der Salafismus gilt sowohl in Deutschland als auch auf internationaler Ebene als die zurzeit dynamischste islamistische Bewegung. In Deutschland verzeichnet das salafistische Spektrum seit Jahren steigende Anhängerzahlen. Um diesem Trend entgegen zu wirken, wird ein gesamtgesellschaftlicher, ressortübergreifender ganzheitlicher Ansatz von Schule, Jugendhilfe und anderen zivilgesellschaftlichen Akteuren zur Prävention notwendig.

Hierfür bedarf es eine Reihe an Präventionsmaßnahmen:

- eine Bundesstelle für islamistische Prävention, die gemeinsam mit den Ländern koordinierend tätig ist
- Ausbau der Imam-Ausbildung und der islamisch-theologischen Lehrstühle an Universitäten
- Fortbildungen für Pädagog*innen für Prävention und Früherkennung von islamistischer Radikalisierung
- Ein*e geschulte*r Ansprechpartner*in pro Schule um individuelle Präventionsansätze zu entwickeln und beratend tätig zu werden.
- Mehr Sozialarbeiter*innen an Schulen
- Ausbau staatlicher muslimischer Gefängnisseelsorge
- Staatliche Deradikalisierungsprojekte durch Sozialarbeiter*innen speziell in JVA's
- Ethnologie als Unterrichtsfach um interreligiöse und transkulturelle Kompetenzen zu fördern
- Ausbau der staatlichen Förderung für Präventions- und Deradikalisierungsprogramme wie beispielsweise das „Violence Prevention Network“ oder „Heroes“

Die Maßnahmen sollten in Zusammenarbeit mit diversen muslimischen Verbänden koordiniert werden.

Überweisen an

Landtagsfraktion